

Europäischer Rat

Europas Solidarität einfordern

Europa steht vor der größten Bewährungsprobe in seiner Geschichte, machte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in ihrer Rede zur Regierungserklärung anlässlich des Europäischen Rates deutlich. Am Donnerstag und Freitag trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel.



Foto: picture alliance/Pixsell

Staatsschuldenkrise in Griechenland, Terror und die Flüchtlingsströme – Europa braucht derzeit Antworten auf viele Fragen. „Wenn es noch einer Legitimation für ein gemeinsames Europa bedarf, dann sind es genau die Herausforderungen, die wir heute zu bestehen haben“, unterstrich Hasselfeldt in ihrer Rede und appellierte an „sachgerechte Lösungen“ – dies gelte für die ökonomischen Probleme genauso wie für die Flüchtlingskrise.

Die CSU-Politikerin unterstrich, dass die Aufnahme- und Integrationskraft Deutschlands begrenzt sei und deshalb alles getan werden müsse, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren. National habe man bereits eine ganze Reihe von Entscheidungen getroffen. Die Hauptarbeit zur Bewältigung der Flüchtlingskrise liege aber in europäischen und internationalen Lösungen, betonte Hasselfeldt.

Beim EU-Gipfel in Brüssel verständigten sich die Staats- und Regierungschefs, bis Mitte 2016 die Grundlagen für einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen zu schaffen. Bereits im Vorfeld des

Gipfels hatte die Europäische Kommission eine deutliche Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex vorgeschlagen. Frontex soll mehr Personal und mehr Kompetenzen bekommen und so die EU-Außengrenzen besser kontrollieren. „Der effektive Schutz der EU-Außengrenzen ist zwingende Voraussetzung dafür, dass innerhalb des Schengenraums auf Grenzkontrollen verzichtet werden kann“, sagte Hasselfeldt in einem Interview. Es müsse möglich sein, dass Frontex die Kontrolle der Grenzabschnitte übernimmt, wenn ein Mitgliedstaat der EU dazu nicht in der Lage sei.

„Dieses Europa ist stark geworden und immer noch stark, weil es eine Wertegemeinschaft ist“, sagte Hasselfeldt. Deshalb dürfe Europa von einzelnen Staaten nicht als Zugewinnsgemeinschaft verstanden werden. Europa sei auch deshalb stark, weil immer wieder, gerade in schwierigen Situationen, darum gerungen wurde, Solidarität zu zeigen. „Das müssen wir jetzt auch in diesen Fragen mit einfordern.“

Wertegemeinschaft Europa



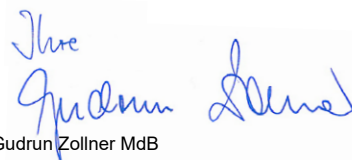
Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2015 war kein leichtes Jahr, dennoch haben wir viel erreicht:

Die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordtief gesunken, noch nie waren in Deutschland so viele Menschen beschäftigt wie heute. Seit 2014 nehmen wir keine neuen Schulden mehr auf. Gleichzeitig investieren wir kräftig in die Zukunft, stärken den Breitbandausbau, die Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Forschung. Wir haben die Bürokratiebremse für die Wirtschaft beschlossen und Fortschritte bei der praxistauglicheren Ausgestaltung des Mindestlohns erreicht. Die Energiewende setzen wir bürgerfreundlich um und unterstützen unsere Landwirte angesichts fallender Preise und Ernteausfällen. Wer Hilfe braucht, kann sich auf uns verlassen. Mit der Pflegereform unterstützen wir Pflegebedürftige und Angehörige. Durch den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung sichern wir eine gute Betreuung am Lebensende.

Wir stellen uns neuen Herausforderungen. Nach den Terroranschlägen in Paris stehen wir solidarisch an der Seite unserer französischen Freunde und stärken unsere Sicherheitsbehörden. Flüchtlingen, die unseren Schutz benötigen, gewähren wir Zuflucht. Die hohen Flüchtlingszahlen überfordern allerdings auf Dauer auch ein so starkes Land wie Deutschland. Deshalb arbeiten wir auf allen Ebenen daran, die Zahl der Flüchtlinge deutlich zu reduzieren. Zudem gilt: Wer nicht schutzbedürftig ist, muss unser Land so schnell wie möglich wieder verlassen.

Auch 2016 werden die Herausforderungen nicht weniger werden. Aber wir gehen sie gemeinsam an. Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein frohes neues Jahr.

Ihre

Gudrun Zollner MdB

Kommentar

Parteien eine ausreichende Finanzierung ermöglichen

Damit die demokratischen Parteien ihrer hohen Verantwortung gerecht werden können, benötigen sie eine angemessene Finanzierung, stellt Stephan Mayer, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, in seinem Kommentar fest:

Das Grundgesetz verpflichtet Parteien, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren des Staatswesens. Dies bedeutet nicht nur eine erhebliche Verantwortung, sondern auch erhebliche Kosten bei der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben.

Die in dieser Woche beschlossene Änderung des Parteiengesetzes ist ein wichtiger Schritt. Wir schließen Schlupflöcher und stellen eine ausreichende Finanzierung sicher: So werden Parteien, die sechs Jahre in Folge keinen Rechenschaftsbericht abgelegt haben, zukünftig ihre Rechtsstellung als Partei verlieren. Aber auch Parteien, die sich bisher mit Winkelzügen Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung gesichert haben, geht es nun an den Kragen. Umsätze aus Goldverkäufen, eine Praxis zum Beispiel der AfD, werden in Zukunft nicht mehr mit staatlicher Finanzierung belohnt. Gleichzeitig heben wir die Beträge, die die Parteien als staatlichen Zuschuss für gewonnene Stimmen erhalten, moderat an. Seit dem Jahr 2002 wurden sie nicht mehr erhöht. Gerne hätten wir die Änderungen mit einer großen Mehrheit



Foto: Henning Schacht

im Deutschen Bundestag beschlossen. Die Opposition fiel jedoch wieder zunächst nur durch Empörung auf.

Bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit haben die demokratischen Parteien eine außerordentlich hohe Verantwortung. Deshalb ist eine transparente und angemessene Parteienfinanzierung hierfür unerlässlich.

Diese Woche

Europäischer Rat	
Europas Solidarität einfordern	1
Kommentar	
Parteien eine ausreichende Finanzierung ermöglichen	2
Auslandseinsätze in Afghanistan und im Mittelmeer	
Mandate verlängert	2
UN-Klimaschutzabkommen	
In Paris wurde Klimageschichte geschrieben	3
Flüchtlingskrise	
Politik trägt eine doppelte Verantwortung	3
Jahresrückblick	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Studio Kökeny Raster

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Auslandseinsätze in Afghanistan und im Mittelmeer

Mandate verlängert

Die Krisen im Nahen und Mittleren Osten machen deutsches Engagement in der Region nötiger denn je. Der Bundestag hat mit großer Mehrheit zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert – die NATO-geführten Einsätze Resolute Support in Afghanistan und Active Endeavour im Mittelmeer.



Foto: Bundeswehr/Wilke

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin sehr angespannt. Deshalb stelle die Entscheidung zur Aufrechterhaltung des Einsatzes eine notwendige Kurskorrektur dar, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn, in seiner Rede. Mit der Verlängerung des Mandats setze man eine klare Botschaft: „Wir passen unseren Einsatz in Zukunft an die Sicherheitsrealitäten im Land an.“

Wie bisher liegt der Schwerpunkt des Einsatzes in der Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Streitkräfte – eine Beteiligung an Kampf-

einsätzen ist weiter nicht vorgesehen. Die Personalobergrenze soll von derzeit 850 auf 980 Soldaten aufgestockt werden. Hahn machte mit Blick auf die vielen afghanischen Flüchtlinge klar: „Wir werden Afghanistan nicht im Stich lassen.“ Aber das Land brauche gerade jetzt die zahlreichen jungen Afghanen, die in der Post-Taliban-Ära erste Bildungschancen hatten.

Im Mittelmeerraum geht es um die Abwehr des maritimen Terrorismus. Hier beschränkt sich die Operation faktisch auf die Seeraumüberwachung und den Lagebildaustausch. Bis zu 500 Soldaten können eingesetzt werden.

UN-Klimaschutzabkommen

In Paris wurde Klimageschichte geschrieben

Sie ist historisch – die Einigung von Paris. Die UN-Klimakonferenz hatte sich vergangenen Samstag auf einen Vertragstext für das neue Klimaschutz-Abkommen geeinigt. Erstmals wird der Klimawandel von allen Staaten gemeinsam bekämpft.

In einer Aktuellen Stunde im Bundestag wurden die Ergebnisse noch einmal debattiert. „Es wurde Klimageschichte geschrieben“, erklärte die Obfrau im Umweltausschuss, Anja Weisgerber (CSU), in ihrer Rede. Sie nannte das Abkommen historisch, und zwar aus drei Gründen: Erstens, weil sich erstmals nicht nur einige wenige, sondern fast 200 Staaten der Welt zum Klimaschutz verpflichteten. Zweitens, weil das Abkommen einen völkerrechtlich verbindlichen Überprüfungsmechanismus beinhaltet und drittens, weil sich die Industriestaaten zur Klimafinanzierung verpflichteten. Ihre CSU-Kollegin Marlene Mortler stellte fest: „Hier zahlt sich aus, dass Angela Merkel, die Architektin des Kyoto-Abkommens, den Klimaschutz von Beginn ihrer Kanzlerschaft an immer wieder ganz oben auf die weltpolitische Agenda gesetzt hat.“



Foto: picture alliance/photoshot

Weisgerber forderte die Wirtschaft auf, dieses Abkommen als Chance zu begreifen: „Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze.“ Wenn sich Deutschland an die Spitze der CO₂-armen Technologieentwicklung stelle, könne die Bekämpfung des Klimawandels auch ein wichtiger Baustein für Wachstum und Arbeitsplätze sein.

Mit dem Abkommen bekennen sich die Vertragsstaaten zu dem Ziel, die Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Zudem wird alle fünf Jahre überprüft, inwieweit sich die Staaten auf dem richtigen Reduktionspfad befinden. Ab 2020 stellen die Industrienationen zur Klimafinanzierung 100 Milliarden Dollar zur Verfügung.

Flüchtlingskrise

Politik trägt eine doppelte Verantwortung

„Wir müssen alles tun, damit sich die Menschen gar nicht erst auf den Weg machen müssen“ – dafür warb die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt bei ihrem Vortrag in der Universität Regensburg vergangene Woche. Denn den Flüchtlingsstrom im jetzigen Ausmaß könne Deutschland nicht dauerhaft bewältigen.

Vordringlichste Aufgabe sei es, die Krisenherde zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass die Menschen wenigstens in der Region bleiben könnten, betonte Hasselfeldt. Sie lobte die „Visitenkarte der Humanität“, die freiwillige und hauptamtliche Helfer für Bayern abgegeben hätten. Frustriert hingegen sei sie über die fehlende Solidarität in Europa. Die Sicherung der EU-Außengrenzen funktioniere noch nicht und die Einrichtung sogenannter „Hotspots“, in denen Flüchtlinge registriert und anschließend verteilt oder zurückgeführt werden sollen, werde verzögert, so die CSU-Politikerin.

Zufrieden zeigte sich Hasselfeldt angesichts der gestiegenen Zahl von Rückführungen in diesem Jahr. Allerdings hätten einige Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bereits angekündigt, ihre



Foto: CSU-Landesgruppe

Abschiebep Praxis nicht zu ändern. Dies sei nicht akzeptabel: „Wir müssen dafür sorgen, dass das, was beschlossen wurde, auch umgesetzt wird“, mahnte die Landesgruppenvorsitzende an.

Hasselfeldt verwies auf die Bemühungen, Zuwanderer besser zu integrieren. Der Bund habe zum Beispiel mehr Geld für Sprachkurse zur Verfügung gestellt. Das Beherrschen der deutschen Sprache sei das A und O der Integration. Die

CSU-Politikerin machte die doppelte Verantwortung der Politik deutlich: So trage man einerseits Verantwortung gegenüber den Menschen, die vor Gräueltaten, Terror und Bürgerkrieg fliehen, andererseits aber auch für die einheimische Bevölkerung. Deren Sorgen und Ängste müssten ernst genommen werden. Diese doppelte Herausforderung bringe Diskussionen und ein Ringen um Lösungen nicht nur innerhalb einer Partei, sondern auch zwischen den Parteien mit sich.

Jahresrückblick 2015

JAN/FEBRUAR

- Solidarität, Stabilität, Sicherheit – unter diesem Motto tagt die CSU-Landesgruppe Anfang Januar in Wildbad Kreuth.
Gleichzeitig erschüttert der Terroranschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo die Welt.
- Die Aus- und Wiedereinreise von radikalen Islamisten soll besser verhindert werden. Ein Gesetzentwurf sieht vor, deutschen IS-Kämpfern den Personalausweis zu entziehen, sie erhalten dafür ein Ersatzdokument.

MÄRZ

- Die Maut für PKW wird beschlossen. Mit dieser Infrastrukturabgabe soll ein Systemwechsel vollzogen werden: von der Steuerhin zur Nutzerfinanzierung der Infrastruktur.
- Der Bundestag verabschiedet die Mietpreisbremse und die Frauenquote. In beide Gesetzgebungsverfahren konnte die CSU-Landesgruppe zahlreiche Verbesserungen einbringen.

APRIL

- Auf der Klausurtagung der Koalitionsfraktionen in Göttingen wird eine steuerliche Entlastung für Alleinerziehende beschlossen. Der CSU-Landesgruppe war dies schon lange ein wichtiges Anliegen.
- Der Bundestag debattiert über ein ganzes Paket von finanziellen Verbesserungen für Familien: Das Kindergeld, der Kinderzuschlag, der steuerliche Kinderfreibetrag und der Grundfreibetrag werden angehoben.

MAI

- Die bürokratischen Hürden beim Mindestlohn bereiten Unternehmen, Vereinen und Ehrenamtlern große Probleme. Die CSU-Landesgruppe will es genau wissen und veranstaltet einen „Praxis-Check Mindestlohn“. Daraufhin werden erste Verbesserungen umgesetzt.
- Der Bundestag verabschiedet Ende Mai das Gesetz zur Tarifeinheit. Dieses soll helfen, Tarifkonflikte von verschiedenen Gewerkschaften innerhalb eines Betriebs zu vermeiden.

JUNI

- Im bayerischen Elmau findet der G7-Gipfel statt. Die Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industrienationen einigen sich unter anderem auf ein wesentliches Klimaziel: Die Erderwärmung soll auf unter zwei Grad begrenzt werden.
- Mehr Ärzte auf dem Land, schnellere Termine: Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz beschließt der Bundestag Verbesserungen für Patienten. Herzstück des Gesetzes sind Anreize für junge Ärzte, sich auf dem Land niederzulassen.

JULI/AUGUST

- Der Bundestag trifft sich wegen Griechenland zu Sondersitzungen in der Sommerpause. Die Abgeordneten stimmen für ein drittes Hilfspaket. 86 Milliarden Euro sollen dem verschuldeten Staat zur Verfügung gestellt werden – jedoch nur, wenn die Bedingungen der Eurozone erfüllt sind.
- Bei einem Spitzengespräch im Kanzleramt einigte sich die Koalition darauf, dass die Energiewende bürgerfreundlicher umgesetzt und die Versorgungssicherheit in Bayern gewährleistet wird.

SEP/OKTOBER

- Der Bundestag beschließt die größte Verschärfung des Asylrechts seit mehr als 20 Jahren. Mehr sichere Herkunftsstaaten, weniger Leistungen für Asylbewerber – das Gesetz trägt klar die Handschrift der CSU-Landesgruppe.
- Zum Schutz der Bürger wird die Speicherung von Verbindungsdaten wieder eingeführt. Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die wachsende Cyberkriminalität.

NOVEMBER

- Im Bundestag findet eine historische Debatte zur Sterbehilfe statt. Die Abgeordneten entscheiden sich frei nach ihrem Gewissen für ein Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe.
- Mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz, dem Hospiz- und Palliativgesetz und der Krankenhausreform werden die Leistungen vor allem für kranke und ältere Menschen verbessert. Mehr finanzielle Mittel sorgen unter anderem für mehr Personal bei der Betreuung.

DEZEMBER

- Im Zeichen der Terroranschläge von Paris stimmt der Bundestag für einen Bundeswehreinsatz gegen den sogenannten „Islamischen Staat“.

Die Redaktion „Brief aus Berlin“ wünscht Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr! Freuen Sie sich auf die nächste Ausgabe – diese kommt direkt von der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe aus Kreuth!